



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten von
Amerika. 1

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu den Vereinigten Staaten von Amerika

1



Das neue Handelsabkommen mit der Union hat unser Interesse, das in den letzten Monaten mehr mit europäischen Fragen, mit den Reisen des Königs Eduard, mit der Marokkoaffäre und mit den Vorbereitungen für die zweite Haager Konferenz beschäftigt war, wieder auf die Neue Welt gelenkt. Da das jetzige Provisorium mit den Vereinigten Staaten am 30. Juni 1907 sein Ende erreichen wird, so war die Frage der Regelung unserer kommerziellen Beziehungen zu ihnen in ein akutes Stadium getreten. Daß aber auch unser politisches Verhältnis davon abhängig ist, steht fest, denn die Zeiten, wo man wirtschaftliche und politische Freundschaft ganz voneinander trennen konnte, sind längst vorüber.

Das Thema der Handelsbeziehungen zur Union hat weder im Reichstage noch in der Presse zu besonders lebhaften Erörterungen Anlaß gegeben, da allmählich die Erkenntnis bei uns durchgedrungen ist, daß Roosevelts Regierung uns alles gewähren will, was in ihren Kräften steht. Auch die Konservativen haben sich im allgemeinen dieser Einsicht nicht verschlossen, und auf dem letzten Delegiertentage der deutschkonservativen Partei ist erfreulicherweise von zwei Rednern mit Nachdruck erklärt worden, daß die Konservativen keineswegs, wie ihre Gegner behaupteten, einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten anstrebten, sondern nur verlangten, daß bei dem neuen Handelsabkommen die Interessen unserer heimischen Landwirtschaft gewahrt würden. Erleichtert wird den Konservativen diese Stellungnahme durch das ihren Wünschen in jeder Weise entsprechende Verhalten des Fürsten Reichskanzlers. Nur wenige Konservative haben im Reichstage gegen das Abkommen gestimmt.

Welche Bedeutung man immer den Einkreisungsversuchen des vielreisenden britischen Herrschers beimessen mag, die von dem größern Teil unserer Presse sehr

überschätzt werden, die erfreuliche Tatsache kann nicht geleugnet werden, daß der von Albion mit ach so tiefer Inbrunst umworbne Vetter jenseits des Atlantischen Ozeans zwar alle politischen Geschenke, wie den Verzicht Englands auf eine Beteiligung am Panamakanal, die für die Union so günstige Regulierung der Alaskagrenze und jüngst die Preisgabe der Neufundlandfischer mit Dank angenommen hat, sich aber durch nichts dazu bewegen lassen will, gegen Deutschland Partei zu nehmen. Und doch fürchten die Engländer nichts mehr als eine deutsch-amerikanische Annäherung und geraten in ihrer nervösen Furcht auf die seltsamsten Gedankenabwege. So richtete der Konservative Mr. Gibson Bowles am 6. Dezember 1906 alles Ernstes an die Regierung im englischen Unterhause die Anfrage, ob auf Grund einer deutsch-amerikanischen Abmachung die deutsche Handelsflotte im Kriegsfall unter amerikanischer Flagge fahren würde. Vom Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey ist die Frage verneint worden, aber daß sie überhaupt gestellt werden konnte, spricht Bände. Wir haben folglich alle Ursache, die Engländer von dem Alp einer deutsch-amerikanischen Verständigung nicht zu befreien.

Das ganze Gewebe, das England über unsre politische und handelspolitische Bewegungsfreiheit im Laufe der letzten Jahre zu spinnen versucht hat, ist ohne jeden Wert, wenn die wichtigste Masche des Netzes, die Union, fehlt. Und daß diese nach menschlicher Berechnung immer fehlen wird, dafür haben die Engländer selbst gesorgt durch Abschluß ihres zweiten Bündnisvertrages mit Japan, wodurch sie ihren asiatischen Besitz allerdings auf ein oder zwei Jahrzehnte sichern, aber für die Zukunft sich nicht nur selbst einen höchst gefährlichen Gegner groß ziehen, sondern auch Amerika tödlich treffen müssen, dessen Gegensatz zu Japan immer unverhüllter zutage tritt.

Der japanisch-amerikanische Krieg ist nach dem Urteil aller Kenner des fernen Ostens nur eine Frage der Zeit. Es ist unwahrscheinlich, daß er in den nächsten sechs Jahren ausbrechen wird, aber sobald sich die Japaner finanziell etwas von den Folgen des letzten Krieges erholt haben werden, und lange ehe der Kanal von Panama die strategische Lage der Vereinigten Staaten günstiger gestalten wird, ist mit einer kriegerischen Abrechnung der beiden jüngsten Weltmächte zu rechnen. Die Japaner streben nicht nach dem Amurgebiet und andern nördlichen Ländern, denn sonst würden sie ihre ihnen seit Jahrhunderten gehörende, für Millionen von Auswandern ausreichende fruchtbare Insel Hokkaido besser besiedelt haben, sondern sie richten ihre Blicke auf klimatisch günstigere Länder wie die Philippinen und Hawaii.

Die Tatsache, daß das englisch-japanische Bündnis auf absehbare Zeit hinaus eine Annäherung der Vereinigten Staaten an Großbritannien verhindern wird, ist aber deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil an und für sich die Chancen Englands bei seinem Buhlen um die Gunst der Union ausichtsreich zu nennen sind. Jahrzehntelang ist es dem aus trüber britischer Duelle gespeisten internationalen Nachrichtendienst der amerikanischen Presse

gelingen, Abneigung gegen Deutschland und Sympathie für England bei den Zeitungslesern zu erwecken und die öffentliche Meinung, die in den Vereinigten Staaten die erste Macht ist und noch über dem Präsidenten steht, in dolosester Weise zu fälschen. Dieses machiavellistische System war von Erfolg gekrönt, weil den Amerikanern von Natur der aristokratische Engländer als höchstes Ideal vorschwebt, das von der ersten Gesellschaft Newyorks, Bostons und Chicagos kritiklos nachgeahmt zu werden pflegt, und weil daher alles Englische ohne weiteres als gut und vollkommen gilt. Wird dann durch einen Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten, wie Mr. Hay, der durch seine langjährige Botschafterzeit in London ganz Anglophile geworden war, offiziell bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Blutsverwandtschaft mit England geredet und Deutschland konsequent totgeschwiegen, so kann man sich nicht wundern, daß der Durchschnittsamerikaner zu der Überzeugung gelangt, daß es in der internationalen Politik seines Landes eigentlich nur auf das uneigennützige Stammesverwandte England ankomme. Diese Auffassung hat alle Zwischenfälle, die bei den zahlreichen Reibungsflächen der beiden Staaten unausbleiblich waren, überdauert und konnte auch durch positive Tatsachen, die jede andre fremde Regierung vor der öffentlichen Meinung Amerikas kompromittiert hätten, nicht erschüttert werden. So blieb der Rt. Hon. Lord Pauncesote of Preston, der seit 1893 die Interessen Großbritanniens als Botschafter in Washington vertreten hatte, auch dann noch der erklärte Liebling der öffentlichen Meinung, als 1902 durch die amtlichen deutschen Veröffentlichungen festgestellt worden war, daß der Lord vor Ausbruch des Amerikanisch-spanischen Krieges eine etwas zweifelhafte Rolle gespielt und auf Drängen der Königin-Regentin Christine durch eine Zirkularnote seine Kollegen und deren Regierungen zu einer Intervention zugunsten Spaniens zu bewegen versucht hatte, zu einer Zeit, wo man nur dem bösen Deutschland solche Pläne zutraute, Englands aber ganz gewiß zu sein glaubte. Wieder einmal in der Weltgeschichte war eben das Vorurteil eines großen Volkes stärker als die positiven Tatsachen.

Eine Wendung ist erst ganz allmählich und zögernd eingetreten. Die Ermordung William Mac Kinleys brachte unerwarteterweise Theodore Roosevelt, den man nur zum Vizepräsidenten gewählt hatte, um ihn als Präsidentschaftskandidaten auszuschalten, auf den Präsidentensessel, einen Mann, der infolge seiner holländischen Abstammung nicht gerade zu einer besondern Vorliebe für die Engländer veranlagt war, der die Geschichte der Kämpfe zwischen seinem Lande und Großbritannien genau studiert, der Deutschland aus persönlicher Anschauung kennen gelernt, und der sich in einem seiner politischen Essays dahin geäußert hatte, er würde einen Krieg mit England bedauern, aber nur im Interesse Englands, das dann ja Kanada ohne weiteres an die Vereinigten Staaten verlieren müsse. Als darauf Mr. Hay gestorben und mit ihm der eifrigste Anwalt britischer Interessen verschwunden war, ist England immer mehr in den Hintergrund getreten, und die Ausnahmestellung, die früher der

großbritannische Botschafter im Weißen Hause einnahm, ist jetzt auf seinen deutschen Kollegen übergegangen.

Dieser Szenenwechsel wurde natürlich wesentlich erleichtert durch die Persönlichkeit unsers jetzigen Botschafters, der ein Jugendfreund des Präsidenten ist und infolge seiner englischen Erziehung und seiner frühern langjährigen Anwesenheit in den Vereinigten Staaten ein feines Empfinden für die Psyche des amerikanischen Volkes hat. Jedenfalls haben wir zum erstenmal einen diplomatischen Vertreter in Washington, um den uns alle andern Mächte beneiden, und der insbesondere allen Nachfolgern Pauncefotes überlegen ist. Die heimische Presse sollte darum endlich die kindische Gewohnheit des Verspottens seiner überhaupt nicht mit deutschem Maßstabe zu messenden Handlungen unterlassen und möglichst alle Äußerungen vermeiden, die der gelben Presse drüben Stoff zu Verdächtigungen Deutschlands liefern können, denn der Botschafter in Washington hat heute das dornenreichste Amt von allen Diplomaten und kann nur dann des Erfolgs seiner Leistungen gewiß sein, wenn ihm seine Zirkel nicht durch die eigne Presse gestört werden.

Die deutschen Zeitungen behandeln Amerika noch immer höchst stiefmütterlich und haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, keine geeigneten Korrespondenten in den Vereinigten Staaten, während jedes große englische Blatt vorzügliche ständige Vertreter in Newyork hat, die zum Teil einen ebenso hohen Gehalt erhalten, wie der ganze Redaktionsstab einer deutschen Zeitung zusammen bekommt. Die Folge ist, daß unsre Zeitungen fast alle Nachrichten über Amerika aus der Londoner Quelle schöpfen, die natürlich nichts bringt, was Deutschland förderlich sein könnte. Umgekehrt wird den Amerikanern fast ausschließlich von den englischen Telegraphen- und Nachrichtenbureaus über Deutschland berichtet, was zu den größten Entstellungen unsrer politischen Pläne und Absichten geführt hat. Die Lügen, die der New York Herald über Deutschland veröffentlicht hat, und die fast immer auf englischen Ursprung zurückzuführen waren, haben regelmäßig ihre Rundreise durch die Zeitungen der latino-amerikanischen Republiken genommen. Hierin einen Wandel zum Bessern herbeigeführt zu haben ist das Verdienst von Mr. Melville E. Stone, dem Generaldirektor der amerikanischen Associated Press, der mit der rücksichtslosen Offenheit des Yankees wiederholt erklärt hat, sein Land habe ein größeres Interesse daran, mit Deutschland als mit England in guten Beziehungen zu stehn. Mr. Stone ist vom Kaiser zweimal in längerer Audienz empfangen worden und hat in der Person des Mr. Elmer Roberts in Berlin einen Vertreter, dessen vortreffliche Berichterstattung über Deutschland allen deutschen Korrespondenten in Newyork zum Muster dienen kann. Mr. Stone hat bei dem Festmahle, das vor kurzem die Newyorker Staatszeitung zu Ehren des amerikanischen Botschafters in Berlin, Mr. Charlemagne Tower, im Manhattanklub in Newyork veranstaltet hatte, aufs neue seine aufrichtigen Sympathien für Deutschland betont und dabei zwei internationale Vorfälle aufgeklärt, über die

infolge der britischen Entstellungen in Amerika bisher Unklarheit herrschte. Er hat mit Nachdruck und im offenbaren Einvernehmen mit der Regierung erklärt, daß die Diederichs-Episode von Manila if all of the facts were disclosed, von Deutschland mit dem skrupulösesten Taktgefühl behandelt worden wäre und nicht den geringsten Anlaß zur Beschwerde geliefert hätte, und daß bei der Friedenskonferenz in Portsmouth wiederum das Bestreben Deutschlands, alle berechtigten Wünsche der Vereinigten Staaten zu erfüllen, klar hervorgetreten wäre, denn im Laufe der ganzen Verhandlungen, die auf die Beilegung der russisch-japanischen Differenzen zielten, hätte der Deutsche Kaiser eine viel größere Rolle gespielt und mehr zur Sache des Friedens beigetragen, als bisher bekannt geworden wäre.

Botschafter Charlemagne Tower sprach auf demselben Bankett über die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika und setzte seinen Zuhörern den deutschen Standpunkt auseinander. Die Deutschen argumentierten: „Wir haben euch die Vorteile unsrer Vertragszölle für eure in Deutschland importierten Waren gewährt, und ihr habt uns nichts dafür als Gegenleistung gegeben, denn unsre nach Amerika gesandten Waren werden den Sägen euers Generaltarifs unterworfen, die in einigen Fällen zehnmal so hoch sind als die Zölle, die wir auf dieselben Artikel in Deutschland erheben. Dies können wir nicht länger fortsetzen und uns auch nicht damit einverstanden erklären, euch die Tarifvergünstigungen zu gewähren, die wir den europäischen Staaten eingeräumt haben, mit denen vor kurzem neue Handelsverträge abgeschlossen worden sind, weil alle diese zugestandnen Konzessionen gekauft und bezahlt worden sind mit Konzessionen der vertragschließenden Gegenseite. Wir sind durchaus bereit und gewillt, einen Vertrag mit euch abzuschließen, der auf einem beide Länder befriedigenden Kompromiß basiert sein soll. Was wollt ihr also tun? Es ist doch sonderbar, daß während wir mit andern Staaten Reziprozitätsverträge abgeschlossen haben, die Union die einzige Nation ist, die Konzessionen von uns verlangt, ohne Geneigtheit zu zeigen, uns entsprechende gleichwertige Konzessionen zu gewähren.“

Auf den ersten Blick scheint unsre Lage bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika ja auch sehr günstig zu sein. Wir haben den starken Trumpf in der Hand, daß wir, abgesehen vielleicht von Baumwolle, Mais und Schmalz, fast alle Produkte von andern Ländern als von der Union beziehen könnten, und daß wir den Amerikanern jetzt doppelt so viel Waren abnehmen, als wir ihnen liefern. Diese Beweisführung ist auch auf die Amerikaner nicht ohne Wirkung geblieben, aber die tatsächlichen Verhältnisse sind leider zurzeit so gestaltet, daß unsre Argumente nicht zur vollen Wirkung kommen können.

Die auswärtige Politik unterscheidet sich von der innern Politik und vom Parteileben darin, daß man bei ihr ausschließlich mit den gegebenen Größen rechnen muß, und darum nur das Erreichbare zu erstreben sucht, während man sonst die ursprünglichen Bedingungen in einem für sich günstigen Sinne zu

ändern strebt und oft nach Unerreichbarem trachtet, um sich dann hinterher etwa mit der Hälfte oder gar dem Viertel zu begnügen.

Im vorliegenden Falle sind nun die gegebenen Tatsachen, mit denen wir von vornherein rechnen müssen, folgende: Im Senat zu Washington, der einen Handelsvertrag zu ratifizieren hätte, haben die Vertreter der großen Trusts, die das Prinzip der Absperrung des innern amerikanischen Marktes auf ihre Fahne geschrieben haben, die Majorität, und die amerikanischen Produzenten, die sich den deutschen Markt, der immer aufnahmefähiger wird, gern erhalten möchten, sind nicht stark genug im Senat vertreten, als daß sie ihre Ansichten durchsetzen könnten. Ferner ist es ohne weiteres klar, daß ein etwaiger wirtschaftlicher Kampf zwischen uns und den Amerikanern von den europäischen Mächten, die jetzt schon über unsre angebliche Isolierung jubeln, mit Freuden begrüßt und nach Kräften ausgenutzt werden würde, und zwar nicht nur in kommerzieller, sondern auch in politischer Hinsicht.

Unser Handel mit der Union umfaßt jährlich eine Milliarde und fünfhundert Millionen Mark. Ein großer Teil hiervon würde aber leicht an Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Italien übergehen, denn die Amerikaner könnten unsern Seeschiffen in ihren Häfen und unsern Waren bei der Zollrevision solche Schwierigkeiten bereiten, daß wir auf das empfindlichste in unserm Wettbewerbe mit den andern Handelsvölkern auf dem amerikanischen Markte geschädigt werden würden, ohne den geringsten Erfolg zu haben. Es ist richtig, daß unsre Reedereien nicht ohne jede Möglichkeit sind, sich einen teilweisen Ersatz zu verschaffen, und daß die Amerikaner nach wie vor einen großen Teil ihrer Waren bei uns absetzen müßten, sodaß sie in dieser Hinsicht auch von uns abhängig wären, aber was schlägt das alles im Vergleich zu dem vielleicht nie wieder gut zu machenden Fehler, daß wir einen Staat, dessen Präsident bei den verschiedensten Gelegenheiten seine freundschaftliche Gesinnung für uns an den Tag gelegt hat, vor den Kopf gestoßen und direkt in die Arme von Gegnern getrieben hätten, die erst dann die Macht erhalten würden, ihre Gefühle des Hasses und des Neides, die sich bisher nur in Druckerschwärze äußern konnten, in Taten umzusetzen!

Die einzig mögliche Lösung für die deutsche Regierung war also, da ein Handelsvertrag noch nicht zu erreichen war, und ein Zollkrieg keinen Erfolg versprach, der Abschluß eines provisorischen Handelsabkommens. Welchen Wert diesem die Amerikaner beimeßen, geht aus den Worten des Botschafters Tower hervor, der auf dem Manhattandiner ausführte, die Entscheidung des Präsidenten über das Handelsabkommen mit Deutschland sei einer der weisesten Schritte, die seit der Begründung der Vereinigten Staaten in den diplomatischen Beziehungen mit Deutschland gemacht worden waren.

Natürlich muß an Stelle des Handelsabkommens später ein Handelsvertrag abgeschlossen werden, sobald es die äußern Umstände gestatten, und man nimmt in maßgebenden Kreisen Deutschlands an, daß dies in einigen Jahren gelingen wird.

Die Produzenten werden aller Voraussicht nach einmal die Majorität im Senat über die Trustmagnaten erhalten, und dann ist das Feld frei für einen deutsch-amerikanischen Tarifvertrag. Die amerikanische Gefahr, von der fast jeder von einer kleinen Studienreise durch die Union zurückgekehrte Europäer in dem unvermeidlichen Buche zu berichten weiß, ist, wie sich immer mehr herausstellt, stark übertrieben, da die Gegensätze innerhalb der Vereinigten Staaten viel größer sind als die Unterschiede zwischen der Union und den europäischen Staaten. Der Gegensatz des produzierenden Westens der Vereinigten Staaten und des hauptsächlich von der Spekulation und vom Handel lebenden Ostens ist heute viel stärker geworden als der frühere Gegensatz zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten. Außerdem ist durch die ungeheure Zunahme der jetzt über achtzig Millionen betragenden Gesamtbevölkerung und durch den sich insolgedessen stetig steigenden innern Konsum dafür gesorgt, daß die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen und uns nicht überschatten werden. Die Ausdehnung jungfräulichen Bodens in der Union ist sehr zusammengeschrumpft. Infolge des Raubsystems ist an vielen Stellen die Verwendung künstlicher Düngemittel, insbesondere des deutschen Kalis nötig geworden und darum eine Verteuerung der Produktion eingetreten. Tausende von Kolonisten wandern jährlich nach Kanada aus, um besseres Ackerland aufzusuchen. Ferner beginnt die Emanzipation der Arbeiter, für die ja in den Vereinigten Staaten in bezug auf Versicherung und andre soziale Fürsorge noch gar nichts geschehen ist, eine immer bedrohlicher erscheinende Form anzunehmen, während der in jedem Jahre Hunderte von Millionen Dollars verschlingende Kolonialbesitz der Philippinen und die unerwünscht kräftige Vermehrung der einheimischen Neger und Mulatten ebenfalls zu schwerer Sorge Anlaß geben.

Die Amerikaner sind keineswegs blind gegenüber diesen für ihre künftige Entwicklung so ungünstigen Tatsachen, wie die zahlreichen diese Fragen behandelnden Artikel in ihren leitenden Presseorganen beweisen. Die *North American Review*, die drüben ungefähr die Stellung und Bedeutung unsrer Grenzboten einnimmt, bringt in ihrem Märzheft aus der Feder des Professors Goldwin Smith von der Cornell University einen *The Perils of the Republic* betitelten Artikel, der mit großem Freimut die Schäden der Union aufdeckt und für uns ein weit höheres Interesse hat als die gelegentlichen oberflächlichen und leichtfertigen Reiseberichte deutscher Globetrotter.

Nach Mr. Smiths Ansicht ist die größte Gefahr für die Vereinigten Staaten in der Überschwemmung durch die fremde Einwanderung zu sehen, die sich kaum eindämmen und regulieren lasse. Es sei sehr schwer, das gastliche Tor zu schließen, das solange den Unglücklichen oder Abenteurern aller Länder offen gestanden habe. So habe die jetzt eingeführte Prüfung der Einwanderer in bezug auf ihre Schulbildung nur geringe Bedeutung, da sie gerade in den Fällen versagen könne, wo es sich um die Ausschließung der gefährlichsten und unerwünschtesten Einwandrer handle. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten

sei aus einer Mischung der verschiedensten Nationen hervorgegangen, aber früher seien hauptsächlich Deutsche, Engländer, Franzosen, Holländer und Schweizer eingewandert, während jetzt die Italiener, Slawen und Asiaten überwiegen. Der Geist der europäischen Revolutionäre und Anarchisten sei mit diesen Elementen in Amerika eingezogen, und große amerikanische Städte hätten aufgehört, amerikanisch zu sein. Die bisherige amerikanische Bevölkerung laufe die größte Gefahr, von den neuen Eindringlingen, die in wenigen Jahren amerikanische Bürger würden, majorisiert zu werden.

Infolge dieser Einwandererflutwelle habe auch die industrielle Frage einen gefährlichen Charakter angenommen. Das rapide Wachstum der Fabriken habe die lohnarbeitende Klasse in nie vorher geahnter Weise vermehrt und in den großen Städten kompakte Massen leicht entflammbar Proletariats angesammelt, das gelernt habe, sich zu organisieren und nur für seine eignen Klasseninteressen zu kämpfen, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Gesamtinteressen des Staates zu nehmen, das dagegen allen Glauben verloren habe an die Religion, die lehre, daß die soziale Gliederung von der Vorsehung bestimmt, und daß für alle, die hier ein niedrigeres oder ärmeres Los erhalten hätten, ein Ausgleich in der höhern Welt bestimmt sei. Die Theorie, wonach aller Gewinn nur auf Arbeit beruhe, darum dieser allein gehöre, ihr nur von einer Kaste vorenthalten und ihr notwendigerweise restituiert werden müsse, habe ein nur zu williges Ohr bei dem Proletariat gefunden und zu den heutigen Unions geführt, deren Führer Streik und industriellen Krieg auf ihre Fahne geschrieben hätten. Auf der andern Seite sei der Reichtum in bedrohlichem Umfange in den Händen weniger Männer angesammelt worden, wenn auch nicht in denen einer Kaste, wie die Arbeiter behaupteten, denn fast alle amerikanischen Milliardäre seien aus den untersten Schichten, viele direkt aus dem Arbeiterstande selbst hervorgegangen. Die oft faulen und verschwendungsüchtigen Erben der Milliardäre bildeten die größte Gefahr für die Gesellschaft, da ihnen nicht wie in Europa gewisse Pflichten durch ihren Grundbesitz oder Kapitalreichtum auferlegt wären, und die amerikanischen Sozialisten hätten alles Recht, die mit Cäsarenwahnsinn behafteten Milliardärsöhne als Krebschaden zu bezeichnen. Durch alle diese Vorgänge werde aber der nationale Charakter, der von Anfang an bis jetzt ein ausgesprochen religiöser gewesen sei, völlig verändert, und an Stelle der geistigen Interessen und der Hoffnung auf eine jenseitige Welt trete das rein materielle Streben, plötzlich reich zu werden. Der moralische Protest der öffentlichen Meinung gegen kommerzielle Betrügereien und gegen die Korruptionswirtschaft in den großen Städten zeige allerdings erfreulicherweise, daß dem amerikanischen Volke bis jetzt der alte Idealismus noch zu einem guten Teil erhalten geblieben sei, aber ohne radikale Änderungen würde dieser Protest doch leider ohne Wirkung bleiben.

Die Kriminalstatistik biete ein erschreckendes Bild von zunehmender Verachtung der Gesetze. Insbesondere seien die zahlreichen Morde und die sich

jetzt auch in die nördlichen Distrikte ausdehnenden Lynchungen zu beklagen. Zu schweren Bedenken gebe auch die Tatsache Anlaß, daß reiche Leute auch heute noch eine zu gute Chance haben, die Strafe von sich abzuwenden.

Die größte Veränderung, die sich mit der amerikanischen Republik vollzogen habe, sei dadurch bewirkt worden, daß sie neuerdings angefangen habe, eine Kriegsmacht zu werden. Eine eigentümliche Wirkung hiervon auf den Nationalcharakter zeige sich in der Entwicklung des Flaggenkults, der die Seele eines Jefferson mit Entsetzen erfüllt haben würde. Wegen Einwickeln seiner Waren in das geheiligte Flaggentuch sei ein Hausierer strafrechtlich verfolgt, der ihn denunzierende Polizist dagegen dekoriert worden. Es sei nicht abzusehen, wie weit die Pflege und die Steigerung des kriegerischen Geistes noch gehn werde. Daß ein Krieg mit Japan wegen der Ausschliefung der japanischen Kinder aus kalifornischen Schulen entstehen würde, wäre nicht wahrscheinlich gewesen, aber der imperialistische Expansionstrieb Japans sei nun einmal geweckt und sei eine ständige Drohung für Amerika, da der Panamakanal auf keinen Fall vor Ablauf von zehn Jahren für amerikanische Kriegsschiffe passierbar sein werde. Man müsse sich doch ernstlich fragen, ob Lord Lansdowne bei Abschluß des Vertrags mit Japan die Folgen seiner Diplomatie für den amerikanischen Kontinent vorausgesehen habe!

Durch die Erwerbung Hawaiis und der Philippinen seien die Reibungsflächen mit Japan sehr erweitert worden. Ein hervorragendes Mitglied der republikanischen Partei, S. M. Forbes von Massachusetts, habe einmal gesagt, man habe den Krieg mit Spanien nur geführt, um seine Partei am Ruder zu erhalten, und in der Tat könne keine andre Ursache beim Studium der diplomatischen Akten gefunden werden. Spanien sei bereit gewesen, alles zu opfern außer seiner Ehre. Bei dem Mainezwischenfall habe es eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorgeschlagen, die aber von der Unionregierung stillschweigend abgelehnt worden sei. Ohne Rücksicht auf die Folgen sei das amerikanische Volk zum Kriege mit Spanien aufgereizt und in ihn hineingetrieben worden. Nachdem der kriegerische Geist einmal entflammt worden sei, habe sich das Volk sofort zum Imperialismus gewandt, und Mac Kinley habe bei der Annexion der Philippinen sagen können: *Duty was taking the hand of destiny*. Die Folgen der Herrschaft einer weißen Rasse über schwächere Rassen seien überall in der Welt dieselben und zeigten sich jetzt natürlich auch beim amerikanischen Nationalcharakter. So habe ein amerikanischer Bürger, dem man den Mangel jeglicher Sympathie des amerikanischen Volkes mit den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Buren vorwarf, einfach geantwortet: *The blood of the Philippinos choked us*.

Eine Diskussion über die Negerfrage in den Vereinigten Staaten sei unfruchtbar und fast hoffnungslos. Wäre die Union nach der Niederwerfung der secessionistischen Südstaaten als Einheitsstaat konstituiert worden, so hätte man den Neger zu einem Mündel des Staats machen können, ohne ihm politische

Rechte zu geben. Diese Gelegenheit sei aber damals verpaßt worden, und jetzt sei die Regierfrage ein unlösbares Problem geworden.

Verderblich sei auch die veränderte Bedeutung, die die Verfassung der Vereinigten Staaten im Laufe der Jahre erlitten habe. Das Repräsentantenhaus, das unzweifelhaft nach dem Willen der Schöpfer der Verfassung das spezielle Organ des Volkswillens sein sollte, habe infolge einer Kombination von Einflüssen, die niemand habe vorhersehen können, seine Macht ganz an den Senat abgeben müssen, zugleich habe sich aber das Größenverhältnis der einzelnen Bundesstaaten zueinander so verschoben, daß der Senat unmöglich als eine Vertretung des Volkes gelten könne. Der Senat, von dem einst Lowell gesagt habe, er sei ein geheimer und unverantwortlicher Klub, der das Land nur zu dessen eignem Nutzen regiere, sei jetzt eine Versammlung geworden, die sich um den Willen des Volkes überhaupt nicht kümmere.

Von allen Gefahren, durch die die amerikanische Republik bedroht werde, sei die größte die Trennung der Nation in zwei organisierte Parteien, die mit Intrigen, Verleumdungen und Bestechungen einen ununterbrochenen Kampf um die Staatsgewalt und die Ämter führen. Die Ausgaben für die Wahlen seien geradezu skandalös. Der Charakter der in ungeheurer Ausdehnung gewährten Staatspensionen sei ganz offenkundig, aber niemand wage ein Wort dagegen zu sagen. Keine Partei wolle sich der Möglichkeit aussetzen, auch nur eine Stimme zu verlieren. Viele Reformen seien nötig, um die Zukunft der Republik zu sichern.



Tilsit — ein Zusammenbruch der britischen Festlandpolitik

Von Eberhard Kraus



Der Titel dieser Studie wird ohne Zweifel bei manchem Leser Befremden hervorrufen. Er ist eine These, und es erscheint gewiß angebracht, diese nicht bloß im Verlauf der Darstellung näher zu begründen, sondern auch im voraus zu erläutern. Nicht bloß unerwartete Besucher, sondern auch Vertreter überraschender Behauptungen müssen bisweilen mit der Tür ins Haus fallen.

Auf dem europäischen Festlande, mit dem Beistand österreichischer und preussischer Truppen, hatte England im Spanischen Erbfolgekrieg und im Siebenjährigen Kriege einen großen Teil seiner wertvollsten überseeischen Besitzungen gewonnen. Wenn es einem Napoleon gegenüber als Landmacht anfangs vollständig versagte, so war das nicht bloß auf den von diesem furchtbaren Gegner ausgehenden lähmenden Schrecken, sondern auch auf die überaus ungünstigen